

Zentrale Ergebnisse

Wissenschaftskommunikation wird hier verstanden als jegliche direkte oder durch Kommunikationsprofessionelle vermittelte **Kontaktaufnahme und -pflege der Wissenschaft mit ihrer gesellschaftlichen Umwelt**. Sie macht wissenschaftliche Themen, Zugänge und Ergebnisse nach außen so sichtbar, dass externe Adressaten diese in irgendeiner Weise als für sich relevant wahrnehmen können.

Die **Corona-Krise** führte zu einer öffentlichen Krisenkommunikation, die vor allem politische und administrative Kommunikation war. Wegen der Unmöglichkeit, die Krise ohne vorhandenes und neu zu produzierendes wissenschaftliches Wissen zu bewältigen, war die politisch-administrative Kommunikation aber auch unmittelbar mit Wissenschaftskommunikation verbunden – in Gestalt von **Wissenschaftskrisenkommunikation**. Diese baute kommunikative Kanäle zwischen Wissenschaft und Gesellschaft auf oder aus, um pandemierelevantes Forschungswissen in die allgemeine Krisenkommunikation einzuspeisen.

Um das zu erfassen, werden drei **zentrale Unterscheidungen** getroffen, die den Blick für pandemieinduzierte Veränderungen schärfen sollen:

- Zum ersten wird hinsichtlich der Gebräuchlichkeit von Kommunikationsformen zwischen herkömmlichen und neuartigen Kommunikationsformen differenziert.
- Zum zweiten wird die Richtung bzw. werden die Richtungen der Kommunikation über drei Begriffe unterschieden: unidirektional, multidirektional und partizipativ.
- Zum dritten ziehen wir eine akteursbezogene Unterscheidung ein: die zwischen Wissenschaftskommunikation und wissenschaftsbezogenen Kommunikationen. Dabei sind letztere weiter gefasst als erstere, anders gesagt: Wissenschaftskommunikation ist eine Teilmenge von wissenschaftsbezogenen Kommunikationen.

Letztere, die **wissenschaftsbezogene Kommunikation**, nimmt ebenfalls auf wissenschaftliche Erkenntnisprozesse und Ergebnisse Bezug, verfolgt jedoch weitergehende Ziele – z. B. Beglaubigung und/oder Unterstützung eigener Positionen in Debatten oder aktivierende Einbeziehung der Öffentlichkeit, die über herkömmliche Formate der Wissenschaftskommunikation hinausgehen. Wissenschaftsbezogen kann Kommunikation aus oder mit der politischen, administrativen, kulturellen usw. Sphäre sein. Die sie pflegenden intermediären Akteure – z. B. (Lokal-)Journalismus, Behörden oder Museen – können durch kumulative kommunikative Akte Sickerwirkungen der Wissenschaftskommunikation erzeugen oder verstärken.

Pandemie-Phasen und Wissenschaftskommunikation

In einer **ersten Phase** der Corona-Pandemie wurden die Krisenphänomene von relevanten Akteuren, unter anderem wissenschaftlichen Expert:innen, kommuniziert. Je unbekannter die Phänomene einer Krise sind, desto stärker ist diese Phase auf den Transfer basaler Informationen angelegt. Die Betroffenen versuchten, eine Gefahr, d. h. eine nicht berechenbare Situation, in ein Risiko, welches kalkulierbar und damit bearbeitbar ist, umzuwandeln.

In einer **zweiten Kommunikationsphase** wurde die Krise gesellschaftlich eingebettet: Weitere, ggf. gesamtgesellschaftliche Folgen und Auswirkungen der Krise fanden sich thematisiert. Breite Teile der Gesellschaft gelangten in eine Phase der Reflexivität und Risikoabschätzung: Zunehmend wurde deutlich, dass eine bestimmte Umgangsweise mit der Krise weitere Risiken nach sich zieht. Diese Phase war von einer Ausweitung der krisenbezogenen Themenpalette und der Akteur:innen gekennzeichnet, aber auch von erweiterter Kontroversität wissenschaftlichen Wissens.

In einer **dritten Phase** wurde die Krise kommunikativ bewältigt, d. h. die Umsetzung der Maßnahmen, ihre Erfolge und Limitationen sowie ggf. mit der Umsetzung zusammenhängende Folgeerscheinungen wurden debattiert.

Die **vierte Kommunikationsphase** ist der eigentlichen Krise nachgelagert. In ihr werden die Krise retrospektiv eingeordnet, Erkenntnisse für zukünftige Krisen kommuniziert und/oder die Krise und ihre Opfer im öffentlichen Diskurs commemoriert.

Kommunikationsereignisse

Es gab eine Reihe zentraler Kommunikationsereignisse, die pandemie- und wissenschaftsbezogen waren sowie die Grenze zwischen Wissenschaft und Nichtwissenschaft überbrückten. Dabei handelte es sich um solche, mit denen (a) kommunikative Weichenstellungen vorgenommen wurden oder die (b) zu drastischen Wahrnehmungsveränderungen in der Öffentlichkeit bzw. spezifischen Teilöffentlichkeiten führten oder die (c) nicht sofort von nachfolgenden Kommunikationsereignissen neutralisiert wurden, sondern Geltung über den Tag hinaus erlangen konnten.

Für die Jahre 2020/2021 konnten **34 zentrale Wissenschaftskommunikationsereignisse** identifiziert werden, mithin durchschnittlich 1,5 pro Monat. Diese lassen sich ihrer Häufigkeit nach wie folgt ordnen:

- aufsuchende Politikberatung: neun Ereignisse
- Wissenschaftspopularisierung: neun Ereignisse
- beauftragte Politikberatung: 7,5 Ereignisse (ein Ereignis zwei Kategorien zugeordnet)
- institutionengebundene Information der Öffentlichkeit: vier Ereignisse
- Debatten mit heikler Außenwirkung der Wissenschaft: 2,5 Ereignisse (ein Ereignis zwei Kategorien zugeordnet)
- Anti-Wissenschaftsjournalismus: zwei Ereignisse

Deutlich wird, dass die **politikberatende Tätigkeit** der Wissenschaft – die angefragte und die ungefragt formulierte zusammengenommen – mit 16,5 Ereignissen **dominierte**. Daraus ergab sich auch, dass neben den mündlichen Beratungsprozessen selbst ein klassisches Format, in dem die Wissenschaft kommuniziert, herausgehobene Bedeutung hatte: das geschriebene Papier. Demgegenüber fanden ausschließlich online und/oder in nicht schrifttextlicher Form sechs der zentralen Kommunikationsereignisse statt.

Dominierende Kommunikationsformen

Die verschiedenen konkreten Formate, in denen pandemiebezogenen Wissenschaftskommunikation betrieben wurde, gingen fortlaufend ineinander über, speisten sich wechselseitig und wurden über Referenzierung verbunden. Verbreitet war eine **Mehrkanalkommunikation** und ein Crossover der genutzten Medienformate. Damit wurde auch deutlich, dass sich die Wissenschaft ‚medialisiert‘ (Peter Weingart): Sie gleicht sich in ihren Kommunikationsformen an das Mediensystem an, um in der zugespitzten Aufmerksamkeitsökonomie gegen weitere Träger von Deutungsmacht zu bestehen. All das erwies sich als hilfreich: Es mussten möglichst viele Kanäle möglichst schnell genutzt werden, da das **Mediennutzungsverhalten** des Publikums uneinheitlich war, die Krisenbewältigung aber breite Resonanz für die relevanten Informationen erforderte.

Zu konstatieren ist jedoch auch, dass sich ein **breites Spektrum des Gelingens, Halbgelings und Misslingens** ergab. Auf der einen Seite erzeugten viele Wissenschaftskommunikationsakte positive Resonanz, wurden die sog. sozialen Medien häufig sehr souverän bespielt, kam es zu überraschenden Entdeckungen von Kommunikationstalenten in der Wissenschaft oder lief der Wissenschaftsjournalismus überregionaler Qualitätsmedien zur Hochform auf. Auf der anderen Seite standen handwerkliche Insuffizienzen, Rezeptionshavarien und ein Anti-Wissenschaftsjournalismus, um den sich vor allem Boulevardmedien verdient machten. Übertroffen wurde dies noch von einer spezifischen Wissenschaftskommunikationsvariante, der ‚destruktiven Wissenschaftskommunikation‘, im Rahmen derer Wissenschaftsskeptiker mit wissenschaftlich wirkenden Argumentationen munitioniert wurden.

Die **dominierenden Kommunikationsformen** waren Politikberatung, Öffentlichkeitsarbeit und (Wissenschafts-)Journalismus. Über alle möglichen Formen hinweg war dabei die verstärkte Nutzung responsiver Medien auffällig. Als bedeutsam für die Pandemiebearbeitung erwies sich auch der Forschungstransfer.

Wissenschaftliche Politikberatung wird häufig gar nicht als Wissenschaftskommunikation wahrgenommen, wurde aber nun ein zentrales Instrument, um die Grenzen zwischen Wissenschaft und Nichtwissenschaft zu perforieren. Funktional leistet sie Beiträge dazu, die Grenze zwischen Erklärung und Entscheidung zu überbrücken. Hinsichtlich des Verhältnisses von Absendern und Adressaten haben sich in der Pandemie **zwei Varianten** wissenschaftlicher Beratung etabliert:

- Stellungnahmen, die auf *Anforderung* der Politik abgegeben wurden, und
- *Beratungsangebote* an die Politik, eine gleichsam aufsuchende Politikberatung.

Beide unterlagen häufig heftigen Anfechtungen unterschiedlichster Art, und dies im Falle der angeforderten Beratung immer auch unter Thematisierung ihres **Verhältnisses zum Auftraggeber** der Beratungsleistung, also der Politik. Die Beratenden waren, so die einen Vorwürfe, zu nah am politischen Handeln, d. h. ihre Unabhängigkeit wurde infrage gestellt. Oder sie waren, so die anderen Vorwürfe, zu weit weg vom politischen Handeln, d. h. ihre Realitätsnähe wurde infrage gestellt.

Zu der Frage, wie Beratungskommunikation der Wissenschaft aussehen kann, hat die Krise das **komplette Spektrum der Möglichkeiten** vor Augen geführt:

- nachgefragte und aufsuchende Politikberatung,
- Formulierung von Szenarien, Handlungsoptionen oder Forderungen,
- begleitet von gesellschaftspolitischen Bewertungen oder unter Verzicht auf diese.

Dabei stellten normative Bewertungen und konkrete **Handlungsempfehlungen** besondere Herausforderungen dar. Die Gründe:

- Bewertungen und Empfehlungen können konfliktbehaftet sein.
- Ihre Formulierung zwingt zu einer Eindeutigkeit, welche die Informationsbasis überstrapazieren kann.
- Sie können die Grenze zwischen Analyse und Entscheidung – und damit die Grenze zwischen den Rollen von Wissenschaftlerinnen und Wissensanwendern – aufweichen.

Dennoch wurden die vielfältigen Erwägungen, Politikberatung solle lediglich Voraussetzungen, Bedingungen und Wahrscheinlichkeiten beschreiben und Handlungsoptionen formulieren, durch die Praxis der pandemiebezogenen wissenschaftlichen Politikberatung auch dementiert. Diese Erwägungen sind von der **Logik der Krise** zum Teil als lebensfremd überrollt worden. Dass dabei aber die Beratung keineswegs nur im (mutmaßlichen) Sinne der Auftraggeber erfolgte, zeigte sich darin, dass sich auch seriöse dissidente Stimmen aus der Wissenschaft Gehör verschafften. Im übrigen waren die politischen Akteure in ihren An- und Absichten überaus heterogen, widersprüchlich und chaotisch kommunizierend: Das erschwerte umstandslose Folgebereitschaft, so es sie in der Wissenschaft gegeben hat.

Zugleich wurde auch eine zentrale Funktion von Beratung, die unabhängig von konkreten Beratungswirkungen oder -nichtwirkungen erfüllt wird, in der Pandemie bestätigt: Allein, dass Beratung stattfindet, ist bereits Legitimitätsspendend. Zwingend folgen muss daraus nichts, der **Rat verpflichtet nicht zur Tat**. Aber was man tut, lässt sich überzeugen, der vertreten, wenn es als Resultat des Klugberatenseins darstellbar ist. Hervorzuheben ist, dass die Beratungen, soweit sie im Format der schriftlichen Stellungnahme geleistet wurden, ganz überwiegend Beispiele für eine Politikberatung waren, die **transparent für die Öffentlichkeit** ist: Die Texte waren im allgemeinen sofort online zugänglich.

Öffentlichkeitsarbeit ist Kommunikation von Organisationen: Hochschulen, Instituten, Forschungsorganisationen oder Fachgesellschaften. Da sie immer auch der Sicherung eigener Organisationsinteressen dient, kam es in der Öffentlichkeitsarbeit auch darauf an, Beiträge zur Pandemiebearbeitung mit der Leistungsfähigkeit der je eigenen Organisation zu verbinden. Adressat solcher Bemühungen war vorrangig der (Wissenschafts-)Journalismus, über den die außerwissenschaftliche Öffentlichkeit angesprochen werden sollte.

Deutlich erkennbar war, dass die über Öffentlichkeitsarbeit vermittelten wissenschaftlichen Informationen bereits von Beginn der Corona-Krise an nicht allein auf medizinische Themen fokussiert waren. Vielmehr wurde die **gesamte Fächerbreite** abgedeckt. In dieser Hinsicht handelten die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sehr pandemieadäquat.

Der **Wissenschaftsjournalismus** ist so etwas wie der Außenbordmotor der Wissenschaftskommunikation. Als Teil des Mediensystems verstärkt er die kommunikativen Bemühungen der Wissenschaft, Kontakt mit ihrer Umwelt zu pflegen, verbindet dies aber Journalismustypisch mit einem kritischen Blick. In der Pandemie ergaben sich zwei Besonderheiten:

- Zum einen wurde Wissenschaftsberichterstattung nicht nur von Wissenschaftsjournalist:innen betrieben. Durch die veränderte Prioritätenordnung diffundierte er in praktisch alle Ressorts.
- Zum anderen konnte die medienspezifische Aufbereitung von Inhalten – über Personalisierung, Polarisierung, zugespitzte Formulierungen, unangemessene Vereinfachungen oder Emotionalisierung – den Informationswert schmälern.

Forschungstransfer als eine weitere wichtig gewordene Form der Kontaktaufnahme von Wissenschaft und Nichtwissenschaft ist die Übertragung oder Diffusion wissenschaftlichen Wissens in praktische Anwendungskontexte. Wissenschaftliches Wissen wird in einer Weise aufbereitet, dass es in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen bedarfsabhängig nutzbar wird. Nicht selten werden bereits die Forschungsfragestellungen in Ko-Produktion von Wissenschaft und Anwendungspraxis definiert. Ein für die Pandemiebewältigung bedeutsamer Forschungstransfer fand in Gestalt der Entwicklung des BioNTech-Impfstoffs seine Vollendung.

Multidirektionalität und Partizipation

Eine vielfach geforderte Kommunikationsweise war in der Pandemie kaum gestärkt worden, gleichwohl die Grenzen zwischen wissenschaftlicher und Wissenschaftskommunikation zeitweise durchlässiger geworden waren: die **multidirektionale Kommunikation** mit der Gesellschaft. Deren generelles Anliegen besteht darin, von einem kommunikativen Defizitmodell – Wissenschaft belehrt, wissensdefizitäre Öffentlichkeit lernt – zu einer stärkeren Partizipation der Öffentlichkeit an der Wissenschaft zu kommen.

Die Pandemie setzte hinsichtlich partizipativer und multidirektionaler Kommunikation **nur ausnahmsweise** Energien frei, um mit **neuen Formen** zu experimentieren. Hier einzuordnende Wissenschaftskommunikationen verblieben bei den forschenden Einrichtungen auf etwa demselben niedrigen Niveau wie im Jahr vor der Pandemie.

Dabei gab es allerdings eine Ausnahme: Rasant zugenommen hatte in der Pandemie die wissenschaftskommunikative Nutzung von **Social-Media**-Plattformen bzw. responsiver Medien, und zwar sowohl hinsichtlich des Angebots als auch der Nachfrage. Dortige Kommunikation ist nicht zwangsläufig multidirektionaler als die über andere Medien, doch bietet sie zumindest mehr diesbezügliche Potenziale.

Zunächst aber zeigte sich in der Pandemie auch, dass in Deutschland responsive Medien zur Informationsgewinnung weitaus seltener genutzt wurden als die herkömmlichen Massenmedien (in ihren analogen und digitalen Formen). Gleichwohl wurde die pandemiebezogene Wissenschaftskommunikation durch die Online-Medien mit zusätzlichen Anforderungen beladen. Die Gründe: Dort sind die **Resonanzbedingungen** stark verändert. Insbesondere steht die Funktionsweise der digitalen Medienöffentlichkeit in Spannung zur ‚Langsamkeit‘ der Wissenschaft, die aus Gründlichkeit folgt. Die Rezeptionsschwindigkeiten sind digital beschleunigt, die Aufmerksamkeitsspannen verringert, und die Ambiguitätstoleranz ist unterausgeprägt.

Ein Element der neuen Entwicklungen war, dass auch **Laien** – häufig in ihrer Eigenschaft als Expert:innen ihrer Lebenssituation – **wissenschaftliche Ergebnisse bewerten** und dabei eine hohe Resonanz erzielen konnten. Die digital ermöglichte Reichweite und Verstärkereffekte kritischer Bewertungen wissenschaftlicher Ergebnisse wiederum konnten Reaktionen des Wissenschaftssystems erzwingen. Unter anderem hat die Pandemie auch **Preprint-Portale** für wissenschaftliche Texte zu Foren für öffentliche Diskussionen werden lassen, nicht zuletzt durch Verlinkungen auf Twitter. Hier sind nichtwissenschaftliche Teile der Öffentlichkeit Stakeholder im Preprint-Ökosystem geworden.

Ein Problem aller online-gestützten Kommunikationen bestand darin, dass nicht jede **externe Kommentierung** den Regeln der Sachlichkeit, Widerspruchsfreiheit und Akzeptanz konkurrierender Ansichten oder Argumentationen folgte. Kommunikative Aktivitäten mussten sich gerade dort zwischen den Polen pontifikalischer Einlassungen der Wissenschaft und häufig gegebener Erregungsbewirtschaftung in der Öffentlichkeit bewegen.

Nimmt man weitere wissenschaftsbezogene Kommunikationen in den Blick, so ergibt sich gleichfalls ein durchwachsendes Bild. Einzelne Akteure wie **Archive und Museen** versuchten sich an neuen Formaten wissenschaftsbezogener Kommunikation, vor allem Sammlungsaufrufen an die Bevölkerung zur öffentlichen Dokumentation der Pandemie, auf deren Basis dann Aufbereitungen und Auswertungen entwickelt werden sollten. Die Ergebnisse blieben bisher allerdings überschaubar, z. B. in Gestalt einzelner Online-Präsentationen.

Im **Lokaljournalismus** nahm die wissenschaftsbezogene Kommunikation im Zeitvergleich 2019 und 2020 nicht zu, sondern ging deutlich zurück. Allerdings lagen auch dem Auswirkungen der Pandemie zugrunde: Da wissenschaftliches Wissen im Lokalbereich häufig im Zusammenhang mit konkreten lokalen Ereignissen vermittelt wird, machte sich bemerkbar, dass diese Ereignisse im ersten Pandemiejahr aufgrund bestehender Kontaktbeschränkungen weniger stattfanden. Daneben schafften es regionale Hochschulen und Institute mit Themen „rund um Corona“ mit ihrer Forschung und deren Ergebnissen auch verstärkt auf die überregionalen Seiten der Zeitungen und wurden damit dann selbstredend nicht in den Lokalteilen dupliziert.

Die Nutzung von Wissenschaft für **behördliche Kommunikationsstrategien** der Pandemiebewältigung auf lokaler Ebene war differenziert. In einzelnen Fällen wurden wissenschaftliche Argumentationen wiedergegeben, in anderen Fällen wissenschaftliche Experten(organisationen) zur Beglaubigung behördlichen Handelns herangezogen. Überwiegend jedoch zeigte sich, dass Behörden die Kommunikation pandemierelevanter Maßnahmen – vergleichbar zum Normalbetrieb – ohne Rekurs auf wissenschaftliches Wissen oder wissenschaftliche Expert:innen betrieben.

Wenn Partizipation unter anderem bedeutet, **Einblicke in noch laufende Forschung** zu erhalten, so ist dieses partizipative Element während der Pandemie zwangsläufig zur Geltung gelangt. Auch wenn dabei das Kommunizieren der Unsicherheit vorläufigen Wissens und des (Noch-)Nicht-Wissens nicht immer hinreichend betont wurde: Die Pluralität der Kommunikation lieferte diese doch gleichsam unvermeidbar mit. Die Toleranz von Entscheidern und Öffentlichkeit für diese Art von Partizipation an wissenschaftlichen Erkenntnisprozessen war allerdings sehr ungleichmäßig ausgeprägt.

Insgesamt lässt sich konstatieren, dass die Corona-Pandemie partizipativer oder multidirektionaler Kommunikation aus den Wissenschaftseinrichtungen zumindest keinen Schub gegeben hat. Hier mag die Schlussfolgerung naheliegen, dass **Krisen keine guten Katalysatoren für Kommunikationsexperimente** sind.

Disziplinen und Sprecherrollen

Anfangs monopolisierten ebenso die Spezialisten für Beschaffenheit und Wirkung von Viren wie die Expertinnen für die räumlichen und zeitlichen Muster ihrer Ausbreitung, also **Virologen und Epidemiologinnen**, die öffentliche Kommunikation zur Pandemie. Doch sind naturwissenschaftlich-medizinische Pandemiefachleute keine Expert:innen für die sozialen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Folgen einer Pandemie. Folglich meldeten sich auch die **Geistes- und Sozialwissenschaften (GSW)** mit Einlassungen zur neuen Situation zu Wort, und zwar wahrnehmbar ab April 2020. Allerdings mussten sie um öffentliche Resonanz für das, was sie zu sagen hatten, fortwährend kämpfen.

Auch die Rollenmodelle für Fachleute, die wissenschaftskommunikativ auftraten, waren in den naturwissenschaftlichen Disziplinen vielfältiger als in den GSW. Die klassischen Massenmedien banden **medizinische und** – mit etwas Zeitverzug – **naturwissenschaft-**

liche Fachleute erfolgreich an sich, die als herausragende Expertiseträger galten, und erweiterten damit auch deren außerwissenschaftliche Prominenz. In den responsiven Medien verschafften sich Influencer ‚auf eigene Faust‘ Bekanntheit:

- In den herkömmlichen Medien wurden **Wissenschaftler.innen als Leitfiguren** der Wissenschaftskommunikation aufgebaut, die über Reputation als bedeutsame Forschende verfügten und das mit kommunikativen Fertigkeiten verbanden.
- Daneben gab es Expert.innen, die über einen guten Ruf als Kommunikatoren verfügten, zwar selbst keine einschlägigen Forschungen betrieben, aber auf Basis einer effektiven **Rezeption der Arbeiten Dritter** wirksam öffentlich kommunizieren konnten. Dieser Typus gehörte aber auch zu einer wissenschaftskommunikativen Risikogruppe: Die Öffentlichkeit unterstellte aufgrund vorhandener akademischer Titel und wissenschaftsbetrieblicher Funktionen meist umstandslos, dass auch Forschungserfahrung gegeben sei. Diese Fehlwahrnehmung war dann problematisch, wenn dennoch meinungsfreudig Handlungsempfehlungen formuliert wurden.
- Der **Expertentypus der responsiven Medien** leistete eine stark zielgruppenorientierte Übersetzung von Fachwissen, das gleichfalls andere produziert haben. Dieser Typus fand sich vor allem auf Video-Plattformen.
- Eine Art Gegenmodell zu den bisher genannten stellte der **destruktive Wissenschaftskommunikator** dar. Dieser Typus wollte bestehende dominante Sprecherpositionen mittels ausschließender Kommunikation destruieren. Abgestützt durch die Reputation, die aus fachlicher Expertise oder (behaupteter) Nähe zu ihr bezogen wurde, wurden heterodoxe Positionen entwickelt und verbreitet, die sich aus einseitiger Auswahl und Deutung von Befunden ergaben und dadurch zum Teil oder in Gänze wissenschaftlich unseriös wurden.

In den **Geistes- und Sozialwissenschaften** waren es anfangs allein zeitdiagnostisch talentierte Wissenschaftler.innen, die öffentlich sprachen. Ihnen ließ sich während ihrer Einlassungen gleichsam beim Denken zuschauen, insofern hier die Wissens- und Meinungsproduktion und die Wissenschaftskommunikation häufig in eins fielen. Nachdem erste Forschungen stattgefunden hatten, ergänzten Empiriker.innen den Kreis der öffentlich gefragten und gehörten Sozialwissenschaftler. Während hier die vor allem öffentlich kommunizierenden in den Medien präsent waren, wirkten die politisch Beratenden entweder in berufenen Expertengremien mit oder waren an eigeninitiativ organisierten Autorengruppen beteiligt. In letzteren traten sie weniger als Expertiseträger ihrer jeweiligen Fächer auf, sondern es vermischten sich hier die Rollen „Expertin für gesamtgesellschaftliche Fragen“ und „öffentlicher Intellektueller“.

Im Laufe der Zeit bildeten sich dann über alle Disziplinen hinweg **zwei typische Sprecherrollen** heraus: der öffentlich kommunizierende und die politisch beratende Wissenschaftler.in. Beide Rollen konnten auch in einer Person zusammenfallen.

Plurale versus inkonsistente Kommunikation

Alle Beteiligten begaben sich mit ihrer je spezifischen Expertise in **Konflikthanordnungen**, und dies in aufgeheizten und polarisierten öffentlichen Debatten. Das galt besonders bei Abweichungen vom wissenschaftlichen oder/und politischen Mainstream. Polarisierungen, indem sie auf die Außenpole der Debatten zuspitzten, führten dabei auch zur **Verengung der Debattenräume**:

- Zum einen wurden Erörterungen grundsätzlicher juristischer, philosophischer oder sozialwissenschaftlicher Probleme, die sich mit und aus der Pandemie ergeben, immer auch auf zweierlei hin gelesen: Welche etwaige Kritik an aktuellen pandemiebekämpfenden Maßnahmen ‚versteckt‘ sich womöglich darin? Und was könne daraus folgen, wenn man einen der geäußerten Gedanken konsequent zu Ende denke (was in vielen Fällen und entgegen verbreiteter Ansichten durchaus in verschiedene Richtungen möglich war)?
- Zum anderen wurden dadurch nicht nur Positionen zu bestimmten Themen als ‚heikel‘ markiert, sondern auch ganze Themen tabuisiert (etwa die Frage des Sterbens in Alten- und Pflegeheimen ohne Sterbebegleitung durch Angehörige).

Manche Argumente seriöser und dennoch als Abweichler stereotypisierter Autor:innen fanden sich später wieder, als erste **Systematisierungen der Pandemiemanagement-Probleme** etwa von der Leopoldina und einer WZB-Autorengruppe vorgelegt wurden. Beide zielten auf eine Untersuchungskommission zur Aufarbeitung des Umgangs mit der Krise und zur Erarbeitung von Reformvorschlägen für künftige Krisenbewältigungen. Anfang 2025 gibt es eine solche Kommission noch nicht.

Gezeigt hat sich, dass die öffentlichen Kommunikationen von Wissenschaft und Politik dann, wenn sie als problematisch wahrgenommen wurden, häufig ähnlich wirkten, es aber nicht waren: Die Kommunikation der **Wissenschaft war plural** und die der **Politik inkonsistent**. Wenn sich aber aus dem multiplen Einbezug der verschiedenen Disziplinen vor allem der Eindruck einer unerklärlichen Vielstimmigkeit ergab oder wenn eine politische Entscheidung, die als ‚wissenschaftlich abgesichert‘ vertreten wurde, sich innerhalb kurzer Zeit wissenschaftlich kritisiert fand, dann war der öffentliche Bedarf an der Teilhabe an wissenschaftstypischen Kommunikationsmustern schnell erschöpft. Das ist einerseits heikel: Die Vielstimmigkeit der Wissenschaft wurde als **Kakophonie** wahrgenommen.

Andererseits berührt es ein wissenschaftskommunikatives Grundproblem: Die Wissenschaft muss einen Forschungsstand verteidigen, weil er den jeweils aktuell höchsten Gewissheitsgrad aufweist. Möchte sie damit außerhalb der Wissenschaft durchdringen, kann sie nicht fortwährend mit rhetorischen Figuren operieren, die dem wissenschaftstypischen Geist des Zweifels Ausdruck verleihen. Sie muss also auch eine **Rhetorik der Gewissheit** einsetzen, die allein dadurch zu rechtfertigen ist, dass alles andere Wissen geringere Gewissheiten aufweist. Zugleich werden damit Erwartungen – etwa über Prognosen – erzeugt, die sich ggf. nicht einlösen lassen.

Kommunikationshavarien kamen in der Wissenschaft wie der Politik vor. Diese waren z. T. nachvollziehbar, da völlig neue Kommunikationsaufgaben zu bewältigen waren. Zum Teil offenbarten sie aber auch Professionalitätsdefizite, die lediglich mangelhafte Handwerklichkeit dokumentierten. **Überlagerungen mit Havarien** in der politischen Pandemie-Kommunikation verschärften die problematischen Auswirkungen wissenschaftskommunikativer Havarien. Anders als die Wissenschaftskommunikation havarierte die politische Kommunikation allerdings fortlaufend. Doch der feine Unterschied zwischen plural (Wissenschaft) und inkonsistent (Politik) war in der Öffentlichkeit kaum vermittelbar. Dort entstand der Eindruck einer sphärenübergreifenden Kakophonie.

Wissenskongkurrenzen

In der Pandemie als einer Krisensituation wurden neben dem weithin **einvernehmlich geteilten Wissen** und dem **konkurrierenden Wissen** auch zwei weitere Wissensarten bedeutsam: Unwissen und Falschwissen.

Mit **Unwissen** war umzugehen, da die Pandemie Probleme auf die Tagesordnung hob, die zuvor noch nicht bearbeitet worden waren (z. B. Maskenwirksamkeit oder Aerosole). Wissensdefizite sind vor allem dann eine heikle Voraussetzung für Wissenschaftskommunikation, wenn die Öffentlichkeit Wissen zum jeweiligen Thema benötigt und daher erwartet: „Wozu gibt es die Wissenschaft denn sonst?“.

In einer solchen Situation hat die Wissenschaft nur **drei Kommunikationsoptionen**: (a) schweigen, (b) mit plausibilitätsgestützten Annahmen operieren, indem Wissen genutzt wird, das zu (tatsächlich oder vermeintlich) vergleichbaren Problemsituationen zur Verfügung steht, oder (c) statt mit Wissen mit Meinungen aufwarten. Kurz: Kommunikation vermeiden oder sie auf schwankendem Grund vollführen. Beides hat den Nachteil, dass es das Vertrauen in die Wissenschaft mindestens nicht stärkt, ggf. auch zu dessen Erosion beiträgt. Dafür wiederum ist die andauernde Kontroversität, der wissenschaftliches Wissen (etwa zum Klimawandel) schon länger unterliegt, im Zusammenhang mit einer **zurückgehenden gesellschaftlichen Komplexitätstoleranz** ein potenziell förderlicher Rahmen.

In der Pandemie ergab sich überdies, dass im Rahmen destruktiver Wissenschaftskommunikation auch **Falschwissen** kommuniziert wurde (z. B. Corona sei wie Grippe). Hier trat der wissenschaftlichen Beratung, die an die Politik adressiert war, eine Art Bewegungsberatung zur Seite: Sie lieferte den Leugnern der Notwendigkeit einer aktiven Pandemiebekämpfung Argumente und Argumentationen, die zumindest insoweit Wissenschaftskommunikation waren, als einige der Absender mit der Autorität einer wissenschaftlichen Berufsrolle auftreten konnten.

Die Pandemie erzeugte aber auch einen Kommunikationsstrang, der Interessierten die Chance gab, sich mit den Fragen des Status und der Geltung wissenschaftlichen Wissens auseinanderzusetzen. Diese Fragen wurden in einer dauerhaften **Meta-Kommunikation** verhandelt, welche die auf Sachinformationen bezogene Wissenschaftskommunikation begleitete. Es wurde über Wissensformen und ihre Geltungsansprüche diskutiert und damit ein epistemologisches Problem im öffentlichen Raum behandelt.

Die Corona-Krisenkommunikation der Wissenschaft war insoweit auch eine Art Schnellkurs in „**Wissenschaftstheorie für alle**“ und förderte die forschungsbezogenen Einsichten des Publikums. Dessen Resonanzfähigkeit für wissenschaftliche Sachverhalte und Erklärungen wurde herausgefordert, dabei aber auch entwickelt: Erhöhte Mathematiktoleranz kann konstatiert werden, ebenso wie Aufklärungen zu Fachbegriffen, die in den allgemeinen, zumindest den passiven Wortschatz eingegangen sind. Die Vielzahl an neuen Fachbegriffen und ihre mitunter schwere Unterscheidbarkeit hat aber auch Überforderungen der breiten Öffentlichkeit erzeugt.

Schlussfolgerungen

Die Pandemie erforderte Wissenschaftskrisenkommunikation. Wer souverän Krisenkommunikationen beherrscht, ist bei der Handhabung von kommunikativen Normalsituationen erst recht souverän. Insofern liefern die Wissenschaftskommunikationserfahrungen der Pandemie auch Material, das für die Entwicklung der Wissenschaftskommunikation in

Normalphasen auszuwerten nahelegt. **Normalphasen** haben dabei einen Vorteil, der zugleich ein Nachteil sein kann: In ihnen ist der Zeit- und Erfolgsdruck geringer. **Krisenphasen** können den Nachteil haben, dass der Zeitdruck wenig Spielräume zum Erproben neuer Kommunikationsformate lässt, und den Vorteil, dass der Erfolgsdruck neue Kommunikationsformate erzwingt.

Zwei Erfahrungen, die sich aus der Pandemie sowohl für jegliche Wissenschaftskommunikation als auch für solche in Krisensituationen ergeben, werden exemplarisch ausgeführt:

Zum einen geht es um die Frage, wie **Wirkungen von Wissenschaftskommunikation** erfasst werden und über bisher Übliches hinaus zukünftig erfasst werden sollten. Wissenschaftskommunikation jedenfalls benötigt Wirkungsanalysen, wenn sie nicht nur intuitiv weiterentwickelt werden soll. Hier gibt es **Chancen**, die noch zupackender genutzt werden könnten: Erstens können Rückmeldungen, die Nutzer:innen ohnehin geben, gezielter für die Analyse der Gelingens- und Wirkungsbedingungen herangezogen werden. Zweitens sind technische Strukturen, um Rückmeldungen und Dialog zu intensivieren, leicht umsetzbar und würden wirkungsrelevante Daten mit wenig Aufwand generieren. Drittens bedarf es solcher Abläufe und technischer Hilfsmittel, die Resonanzen vergleichsweise aufwandsarm auszuwerten gestatten, etwa an Altmetrics-, Social-Media- oder Netzwerkanalysen sowie Stimmungs- und Themenmodellierungen.

Zum anderen geht es darum, wie diejenigen, die folgelastige Entscheidungen zu treffen haben und dabei aussendend oder empfangend und respondierend in Wissenschaftskommunikation involviert sind, darin ertüchtigt werden sollten und könnten, angemessen senden, empfangen und respondieren zu können. Da **mittlere und höhere Entscheiderrollen** ganz überwiegend mit Akademiker:innen besetzt werden, ist dies als eine Aufgabe gerade der Hochschulen schwer abweisbar. Wer ein Studium absolviert hat, ist u. a. mit der Aufgabe konfrontiert, wissenschaftliches Wissen in nichtwissenschaftliche Kontexte zu kommunizieren – sei es als Forschende, als Inhaber einer herausgehobenen außerwissenschaftlichen Berufsrolle oder auch als Teil einer informierten demokratischen Bürgerschaft. Um die Zeitrestriktionen jedes Curriculums zu berücksichtigen, wird vorgeschlagen, sich darauf zu konzentrieren, die künftigen Hochschulabsolvent:innen für die **Bewältigung kommunikativer Standardsituationen** und die Vermeidung typischer Fehler der Wissenschaftskommunikation zu ertüchtigen.

Darüber hinaus ist über die Pandemie hinaus auch relevant, dass der Wissenschaft völlig neue Intensitäten und Qualitäten der Kontaktaufnahme und -pflege mit der Nichtwissenschaft wahlweise angesonnen oder aufgenötigt wurden und werden. Insbesondere müssen die **zeitlichen Differenzen** („langsam“ forschende Wissenschaft, schnell entscheidungsbedürftige Politik, sehr schnell informationsbedürftige Öffentlichkeit) und **unterschiedliche Erwartungen** (Erkenntnisinteresse in der Wissenschaft, Entscheidungsfundierung in der Politik, Informationsbedarf der Öffentlichkeit) prozessiert werden.